

Kandidaten Paul Ha rig (Hagen-Haspe) als „Be-  
weismittel“ zitiert (S. 75), in dem ausgeführt wurde:

„Der Abbau der sozialen Errungenschaften, der  
demokratischen Rechte und die Drohungen gegen die  
Gewerkschaft zeigen, wohin der Weg führen soll.“\*

Ein weiteres Mosaik in dieser geschnittenen strafrecht-  
lichen Konstruktion ist auch die Wiedergabe (S. 75) der  
Forderung des Remscheider Kandidaten »Wilhelm  
K r e l l :

„Für die volle Wiederherstellung der demokratischen  
Freiheiten und eine politische Amnestie in West-  
deutschland.“<sup>5</sup>

In ähnlicher Weise benutzt die Staatsanwaltschaft in  
den Anklageschriften solche Erklärungen als Stützen  
ihrer Gesinnungskonstruktion, in denen die Verstär-  
kung mit der DDR und den Staaten des sozialisti-  
schen Lagers überhaupt gefordert wurde (S. 71 bis 74  
der Anklageschriften).

Weil die atomare Aufrüstung zwangsläufig den Ab-  
bau auch der sozialen Rechte des Volkes zur Folge  
hat, beschäftigten sich die Kandidaten in den Wahl-  
materialien auch mit diesen Fragen. Die Zusammen-  
stellung entsprechender Zitate in den Anklageschriften  
(S. 76 bis 79) vermittelt ein anschauliches Bild des  
konsequenten Eintretens der Angeklagten für die  
sozialistischen Belange der Werktätigen

Aus allen Erklärungen, Stellungnahmen und Auf-  
rufen der Kandidaten ergibt sich, daß ihr Hauptziel  
in der Sicherung des Friedens bestand. Deswegen  
wandten sie sich gegen die atomare Aufrüstung und  
setzten sich nachdrücklich für die Herstellung demo-  
kratischer Verhältnisse im staatlichen und gesell-  
schaftlichen Leben Westdeutschlands ein. Es ist offen-  
sichtlich, daß diese Einstellung und das dementspre-  
chende Handeln der Kandidaten nicht nur rechtens ist,  
sondern! eine direkte Verpflichtung darstellt, die sich  
unmittelbar aus dem Grundgesetz ergibt (so z. B. aus  
Art. 26 GG — Gebot der Friedenssicherung). Das Auf-  
treten der unabhängigen Kandidaten war um so  
demokratischer, als es völlig mit den Interessen der  
großen Mehrheit der Bevölkerung übereinstimmte. Das  
hat gerade die jüngste politische Entwicklung gezeigt.  
Erinnert sei z. B. an die Aktionen der Bevölkerung  
gegen die Stationierung von Raketenwaffen in Dort-  
mund, der Heimatstadt von vier unabhängigen Kan-  
didaten, die zu den Angeklagten des ersten, am 7. April  
angelaufenen, Massenprozesses gehören.

Da die Forderungen der angeklagten Arbeiterfunk-  
tionäre sowohl mit dem Grundgesetz als auch mit den  
Lebensinteressen der Volksmassen übereinstimmen,  
stellt die Staatsanwaltschaft fest, sie entsprächen denen  
der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wörtlich  
heißt es in den Anklageschriften (S. 141/142) u. a.:

„Ihre Wahlaufrufe stimmen... mit dem Wahlpro-  
gramm der illegalen KPD überein.“

Bekanntlich haben auch andere demokratische Par-  
teien und Organisationen, darunter die SPD und der  
DGB, zu den Lebensfragen unserer Nation, insbeson-  
dere zu den Fragen der Atomaufrüstung, in vielen  
Punkten gleichlautende Erklärungen abgegeben. Daher  
richten sich die Gesinnungsprozesse gegen die unab-  
hängigen Kandidaten zugleich auch gegen alle ver-  
ständigungsbereiten Menschen und Organisationen, die  
durch diese Verfahren! edngeschüchtert werden sollen.  
Ganz auf dieser Linie liegen die jüngsten Drohungen  
von ODU-Politikern, gegen die Verfasser des Deutsch-  
landplans der SPD wegen angeblichen Hochverrats  
vorzugehen<sup>6</sup>.

Aus den Wahlmaterialien ergibt sich, daß sich die  
Zielsetzung der unabhängigen Kandidaten) ausschließ-  
lich gegen die NATO-Politik der Imperialisten und  
Militaristen, insbesondere der aggressiven Kräfte in  
der nordrhein-westfälischen CDU, richtete. Mit einer  
zynischen Offenheit, wie sie in diesem Maße bisher  
nicht zu verzeichnen war, verlangt die Staatsanwalt-  
schaft daher, die Politik der CDU unter Strafschutz zu  
stellen. Die Anklageschriften enthalten zu diesem  
Zweck einen ganzen Abschnitt (S. 79 bis 83), in dem

i Flugblatt „Arbeiter, Angestellte!“.

s „Wählerbrief des unabhängigen Kandidaten Willi Kreu“,  
Remscheid.

6 vgl. u. a. „Neues Deutschland“ vom 2. April 1959, S. 2.

von „Angriffen gegen die CDU“ die Rede ist. In An-  
betracht der politischen Bedeutung dieser offen, will-  
kürlichen Identifizierung der Adenauerschen Kriegs-  
partei mit der verfassungsmäßigen Ordnung seien hier  
die entscheidenden Stellen aus den Anklageschriften  
zitiert:

„Dok. 28 A)

Van Beek führt in seiner Wahlpropagandaschrift  
Bohr geehrte Wählerin ...“ u. a. aus:

„Wie war es vor der Bundestagswahl? Erinnern Sie  
sich noch? Für stabile Preise! Keine Experimente!“

Dok. 38 B)

In „Meine Meinung“ Nr. 1 von Ehlert finden sich  
hierzu folgende Ausführungen:

Am 6. Juli muß die Partei Adenauers die  
Quittung für ihre nichteingehaltenen Versprechen  
bekommen. Erinnern Sie sich auch noch, wie sich  
dieser Wahlkampf zu den „freien“ Bundestagswahlen  
abspielte? Die CDU Dr. Adenauers versprach „Keine  
Experimente“, stabile Preise“, ...

Dok 40 C)

In der Wahlschrift des Kandidaten Max Engel  
„Offen gesagt“ heißt es hierzu:  
„Erinnern Sie sich noch an die Propagandawalze der  
CDU? ... Keine Experimente!“

Dok. 41 D)

Auch Willi Engels führt in der Wahlschrift „Sehr  
geehrte Wählerin ...!“ aus:

„Die CDU versprach, keine Experimente zu machen,  
macht aber durch die Ausrüstung der Bundeswehr  
mit Atomwaffen lebensgefährliche Experimente mit  
dem deutschen Volk.“

Trotz der Fülle des von ihr zitierten Wahlmaterials  
war sich die Staatsanwaltschaft aber offenbar nicht  
sicher, ob ihre terroristische Konzeption, die Existenz  
einer verfassungsfeindlichen Vereinigung im Sinne des  
§ 90 a StGB aus den inhaltlich zwangsläufig überein-  
stimmenden Äußerungen der Kandidaten zu den  
Lebensfragen unserer Nation herzuleiten, ausreichen  
würde, um der gerichtlichen Verfolgung den Schein  
des Rechts zu geben. Daher stellte sie zusätzlich die  
Behauptung auf, der Vereinigungscharakter der unab-  
hängigen Kandidaten ergebe sich daraus, daß

- „das Wahlprogramm der KPD ... eine Richtschnur  
für die ... Wahlschriften der ... Unabhängigen  
Kandidaten“ sein sollte“ (S. 35 der Anklage-  
schriften),
- eine Konferenz stattgefunden habe, „bei der die  
Aufstellung von „Unabhängigen Kandidaten“ und  
die Durchführung ihrer Wahl besprochen wurden“  
(S. 38).

Was das Wahlprogramm der KPD betrifft, so hat die  
Staatsanwaltschaft auf S. 35 der Anklageschriften dar-  
gelegt, daß die KPD solche Ziele habe, wie Verhinde-  
rung der Atomaufrüstung, Lösung der internationalen  
Probleme durch Verhandlungen, Herstellung demo-  
kratischer Verhältnisse in Westdeutschland, Aufhebung des  
Verbots der KPD usw. Es bedarf keiner Untersuchung,  
daß die Übereinstimmung der Erklärungen, der Kan-  
didaten mit diesen Forderungen, die — worauf bereits  
hingewiesen wurde — keineswegs von der KPD allein  
erhoben werden, den Tatbestand des § 90 a StGB nicht  
im entferntesten erfüllen kann.

Von der gleichen tatsächlichen Un erheblichkeit ist  
der Hinweis auf die Konferenz der Kandidaten. Nach  
den Anklageschriften soll dazu der berüchtigte Krimi-  
nalkommissar Hamacher (K 14, Düsseldorf) aussagen,  
der sich auf die mysteriösen Aussagen zweier Agenten  
des sog. Amtes für Verfassungsschutz bezieht, deren  
Namen streng geheimgehalten werden! Hamacher ist  
kein Unbekannter. In dem Verfahren gegen Angenfort  
und Seiffert vor dem Bundesgerichtshof wurde er durch  
die Verteidigung der Fälschung von Beweisdokumenten  
und ungesetzlicher Arbeitsmethoden überführt\*.

Die haltlose Position der Staatsanwaltschaft zeigt sich  
auch darin, daß die Anklageschriften, von denen jede  
über 140 Seiten umfaßt, keine rechtlichen Ausführun-

7 Besonders sei darauf hingewiesen, daß Hamacher die „Er-  
mittlungen“ gegen den Gewerkschaftsfunktionär Helmut Klier  
leitet.